

A3 KjG gegen rechts – Aus christlicher Überzeugung gegen Faschismus und für Demokratie!

Antragsteller*in: Bundesleitung
Tagesordnungspunkt: TOP06 Anträge
Status: Modifiziert

Antragstext

Positionierung

Als christlicher Jugendverband stellen wir uns konsequent gegen extreme und populistische rechte Positionen und Handlungen und setzen uns für eine vielfältige und demokratische Gesellschaft ein.

Extreme und populistische rechte Positionen und Handlungen beziehen sich auf unterschiedliche Personengruppen. Zu den Betroffenen gehören beispielsweise (aber nicht ausschließlich) Menschen mit internationaler Familiengeschichte, Frauen* oder queere Menschen. Wir lehnen jede Art von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (Rassismus, Sexismus, Queerfeindlichkeit etc.) ab und fördern in unserer Arbeit explizit marginalisierte Gruppen.

Neben der Diskriminierung einzelner Personengruppen versucht die extreme Rechte gezielt, demokratische Strukturen und Institutionen zu zerstören. Auch hier positionieren wir uns klar gegen Demokratiefeindlichkeit und Autoritarismus. In diesem Zuge bekennen wir uns klar zur Wahrung der Menschenrechte weltweit.

Teil unserer Grundlagen und Ziele ist, dass wir „für eine demokratische, gleichberechtigte und solidarische Gesellschaft und Kirche“ eintreten und uns „gegen jede Art der Ausgrenzung und Unterdrückung von Menschen“ wenden. Daraus folgt unser Selbstverständnis als antifaschistischer Verband. Diese antifaschistische Grundhaltung geht einher mit unserem christlichen Glauben, aus dem heraus wir alle Menschen als Gottes+ Ebenbild betrachten, sowie unserer demokratischen Grundüberzeugung, die die gleichberechtigte Teilhabe aller sowie die unveräußerliche Würde des Menschen beinhaltet.

Konsequenzen für unsere Arbeit

Die Bundeskonferenz 2022 hat das Thema Antifaschismus zu einem unserer Schwerpunktthemen bestimmt, mit dem wir uns intensiv auseinandersetzen. Dies tun wir auf verschiedenen Wegen:

• **Bildungsarbeit**

Um die Gefahren für unsere Gesellschaft aufzuzeigen, die von rechten Ideologien ausgehen, betreiben wir Bildungsarbeit für unsere Mitglieder und für die Öffentlichkeit. Wir nutzen unsere Social-Media-Kanäle, um über die extreme Rechte und ihr Denken und Handeln aufzuklären. Außerdem stellen wir auf diesem Weg verbündete Organisationen und deren Angebote vor. Darüber hinaus sensibilisieren wir über unsere Kanäle beispielsweise auch für bewusste und unbewusste Diskriminierungen im alltäglichen Sprachgebrauch.

• **Vernetzung**

Um das Thema Antifaschismus auf allen Ebenen in der KjG zu verankern, schaffen wir ein innerverbandliches Netzwerk von antifaschistisch interessierten und engagierten Mitgliedern. Darüber hinaus machen wir unsere Mitglieder auf externe Vernetzungsangebote aufmerksam und vernetzen uns zur gegenseitigen Unterstützung mit anderen Organisationen, die antifaschistische Arbeit betreiben.

• **Position beziehen**

Wir beobachten rechte Vorfälle deutschland- und weltweit. Wir beziehen öffentlich klar Position gegen derartige Vorfälle, solidarisieren uns mit den Betroffenen und setzen uns nachdrücklich für Aufklärung und Aufarbeitung ein. Im kirchlichen Kontext nutzen wir unsere Kontakte, um auf die eindeutige Abgrenzung von rechten Akteur*innen hinzuwirken. Innerverbandlich haben wir bereits mehrere Beschlüsse zu dieser Thematik gefasst (z.B. das Positionspapier „Solidarität statt Menschenfeindlichkeit – Aufstehen für ein weltoffenes Miteinander“ der Bundeskonferenz 2016 oder die Positionierung gegen Rechtspopulismus des Frühjahrs-Bundesrats 2017), zu denen noch weitere Beschlüsse hinzutreten können. Wir unterstreichen an dieser Stelle auch den Beschluss „Wir widersprechen – weil wir glauben!“ der BDKJ-Hauptversammlungen 2016 und 2020.

• **Wir wählen! NICHT die AfD**

Mit der AfD ist eine extrem rechte Partei einflussreich in der Politik vertreten. Für uns ist die Wahl oder Unterstützung dieser Partei nicht vereinbar mit unserer Grundüberzeugung als KjGler*innen und Christ*innen. Deshalb hat die Bundeskonferenz 2021 den Beschluss „Wir wählen! NICHT die AfD“ gefasst. Die Mitgliedschaft in einer rechtsextremen Partei wie der AfD, in ihr nahestehenden oder anderen rechtsextremen Organisationen ist mit der Mitgliedschaft in der KjG unvereinbar.

Forderungen an die Politik

Um unsere pluralistische und freiheitlich-demokratische Gesellschaft zu schützen und gegen Angriffe von rechts zu verteidigen, fordern wir von der Politik:

67 • **keine Finanzierung extrem rechter Parteien und Stiftungen**

68 Parteien und Stiftungen, die diskriminierende und demokratiefeindliche
69 Grundüberzeugungen vertreten, dürfen nicht mit staatlichen Mitteln
70 unterstützt werden. Das im Grundgesetz verankerte Prinzip der wehrhaften
71 Demokratie muss umfassend genutzt werden, um unsere Demokratie gegen ihre
72 Feind*innen zu schützen. Wir fordern die demokratischen Parteien auf, sich
73 dafür einzusetzen, die staatlichen Zuwendungen an extrem rechte Parteien
74 und Stiftungen so weit wie möglich zu begrenzen und im besten Fall
75 einzustellen.

76 • **umfassende Aufarbeitung von strukturellem Rassismus und Polizeigewalt**

77 In mehreren wissenschaftlichen Arbeiten konnte nachgewiesen werden, dass
78 in staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen struktureller
79 Rassismus existiert. Dieser führt zu alltäglicher Diskriminierung, zum
80 Beispiel von migrantisch gelesenen Menschen. Darüber hinaus kam es aus
81 diesem Grund auch zu gewaltsamen Übergriffen durch Polizist*innen. Wir
82 solidarisieren uns mit den Betroffenen von strukturellem Rassismus und
83 Polizeigewalt. Wir fordern eine umfassende Aufarbeitung dieser Strukturen
84 und Vorfälle. In diesem Zusammenhang bekräftigen wir unseren Beschluss
85 „Kampf gegen Rassismus – Solidarität mit Black and People of Color!“.

86 • **konsequente Verfolgung rechter Übergriffe und Gewalttaten**

87 Mit großer Sorge nehmen wir wahr, dass es vermehrt zu extrem rechten
88 Übergriffen und Gewalttaten kommt. Ihnen liegen unterschiedliche
89 Motivationen zugrunde (Rassismus, Antisemitismus, Queerfeindlichkeit,
90 Antiziganismus etc.). Die Vorfälle haben jedoch eine Gemeinsamkeit: Sie
91 betreffen Minderheiten, die wir als Gesellschaft besser schützen müssen.
92 Wir fordern daher, extrem rechte Übergriffe und Gewalttaten konsequent zu
93 verfolgen und ihnen präventiv entgegenzuwirken.

94 • **Verstetigung der Finanzierung von Projekten zur Demokratieförderung**

95 Es gibt viele gute zivilgesellschaftliche Projekte zur
96 Demokratieförderung. Häufig stehen diese jedoch auf einer prekären
97 finanziellen Grundlage und bekommen lediglich zeitlich befristete
98 Projektfinanzierungen. Wir fordern, die Finanzierung dieser Projekte auf
99 eine solide und langfristige Basis zu stellen. Dafür muss das von der
100 Bundesregierung geplante Demokratiefördergesetz zügig beschlossen und
101 umgesetzt werden. Auf eine „Extremismusklausel“, die die Projekte unter
102 Generalverdacht stellt, muss dabei verzichtet werden.

103 **Forderungen an die katholische Kirche**

104 • **Stellung beziehen als moralische Instanz**

105 Die katholische Kirche hat als moralische Instanz einen großen Einfluss
106 auf ihre Mitglieder und in die Gesellschaft und Politik hinein. Wir

fordern die Verantwortlichen in der Kirche auf, aus der christlichen Überzeugung heraus klar Stellung gegen die extreme Rechte zu beziehen.

- **Reform und Aufarbeitung**

Die Strukturen der katholischen Kirche weisen zahlreiche diskriminierende Bestandteile auf, insbesondere im Hinblick auf Frauen- und Queerfeindlichkeit, aber auch im Hinblick auf strukturellen Rassismus. Wir fordern die Verantwortlichen in der Kirche auf, gegen diese Strukturen vorzugehen und sie zu reformieren. Darüber hinaus muss bereits geschehenes Unrecht aufgearbeitet werden.

- **Distanzierung von Demonstrationen und Veranstaltungen, bei denen extrem rechte Aktivist*innen involviert sind**

Immer wieder nutzen extrem rechte Aktivist*innen Demonstrationen und Veranstaltungen, um in weiteren gesellschaftlichen Kreisen anschlussfähig zu werden. Dies geschieht auch bei religiös motivierten Veranstaltungen. Wir fordern von den Verantwortlichen in der Kirche, sich klar von Demonstrationen und Veranstaltungen zu distanzieren, bei denen extrem rechte Aktivist*innen beteiligt sind oder ohne Widerstand der Organisator*innen teilnehmen können. Hier gilt es deutlich zu machen, dass der christliche Glaube nicht für die Verbreitung rechter Ideologie missbraucht werden darf.

- **Verbindungen zwischen fundamentalistischen Christ*innen und der extremen Rechten benennen und bekämpfen**

In ihrem Kampf gegen unsere demokratische und pluralistische Gesellschaft und gegen liberale Christ*innen bilden fundamentalistische Christ*innen und Akteur*innen der extremen Rechten häufig enge Allianzen. Einige Akteur*innen sind Teil beider Milieus. Wir fordern von den Verantwortlichen in der Kirche, diese Problematik klar zu benennen, sich von den beteiligten Akteur*innen zu distanzieren und sie nach Möglichkeit aus den kirchlichen Strukturen auszuschließen.

Wir setzen uns nachdrücklich ein für eine Gesellschaft und für eine Kirche frei von Diskriminierung. Wir kämpfen gegen rechte Ideologien und Handlungen. Wir sind ein antifaschistischer Verband.

Begründung

Extreme und populistische rechte Positionen und Haltungen haben in den letzten Jahren gesellschaftlich an Einfluss gewonnen. Die Aggressivität und Selbstverständlichkeit, mit der sie geäußert und verbreitet werden, hat stark zugenommen. Immer wieder folgen aus den Einstellungen auch Gewalttaten.

Die Buko 2022 hat entschieden, Antifaschismus in der KjG für die nächsten vier Jahre als Schwerpunktthema

zu setzen. Die grundlegende Haltung und welche Konsequenzen das für die KjG innerverbandlich und in ihrer Lobbyarbeit bedeutet sollen mit diesem Antrag festgeschrieben werden.